

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 30/3 (2003)

DOI: 10.11588/fr.2003.3.63852

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

péenne depuis l'accession au pouvoir de Mikhaïl Gorbatchev. À ce propos, il est assez remarquable que Kohl n'ait pas cherché à tirer parti de l'affaiblissement de la RDA pour faire prévaloir ses vues et qu'il ait traité exclusivement avec les représentants du pouvoir légal pour échapper au reproche de vouloir déstabiliser le régime communiste et de jouer les trouble-fête sur le continent européen. Sur ce point les analyses de Korte se distinguent de celles de l'historien britannique Timothy Garton Ash. Celui-ci déplore dans son livre »Au nom de l'Europe« la distance prise par les dirigeants de Bonn à l'égard des dissidents dont l'action résolue et non-violente a contribué à faire triompher la démocratie en Europe centrale et orientale et permis la réunification de l'Allemagne dans la liberté. Celui-là défend l'approche légaliste du chancelier Kohl et estime qu'il n'y avait pas d'alternative au dialogue avec les détenteurs du pouvoir à Berlin-Est et qu'une attitude plus ouverte à l'égard des dissidents aurait compromis le succès de la *Deutschlandpolitik*. Le débat reste ouvert mais pour le trancher on ne pourra pas faire abstraction de l'étude monumentale du professeur Korte dont la démonstration se développe avec rigueur et prend appui sur un appareil scientifique imposant. Elle a d'ores et déjà été agréée par l'université de Munich comme thèse d'habilitation et a vocation à devenir un ouvrage de référence en la matière.

Jean KLEIN, Paris

Gottfried-Karl KINDERMANN, *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840 bis 2000*, München, Stuttgart (DVA) 2001, 727 S.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sehen die Regierenden in Washington in der Volksrepublik China die kommende Macht am Pazifik und den zukünftig weltpolitisch wichtigsten Herausforderer. Schon länger ist China für Amerika ein angriffslustigerer Gegenspieler, als es die bürokratisch-schwerfällige Sowjetunion war. Seitdem Mao Tse-tungs Kommunisten 1949 im Bürgerkrieg die Macht eroberten, bot China den USA erst im Korea-Krieg, dann im Vietnamkrieg die Stirn. Die Volksrepublik okkupierte 1950 das früher praktisch selbständige Tibet, sie marschierte 1962 in Nordostindien und 1979 in Nordvietnam ein. 1992 annektierte China die seit den 1930er Jahren international umstrittenen Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer. Bis in die Gegenwart droht es Taiwan wiederholt mit einer gewaltsamen Wiedervereinigung.

Mit seinen militärischen Drohgebärden verfolgt China heute fast die gleiche forsche Kanonenboot-Politik wie die westlichen Großmächte einschließlich Rußlands und Amerikas, die China, beginnend mit dem britisch-chinesischen Opiumkrieg 1840/42, einem halbkolonialen Regime unterwarfen. Die Mächte – allen voran Großbritannien, Rußland, Frankreich, Japan und Deutschland – ließen sich an Chinas Grenzen Pachtgebiete abtreten. So kamen die Deutschen 1899 zum Gebiet um Tsingtao in Nordchina, das sie 1914 aber wieder verloren. Im Landesinnern bestanden an allen wichtigen Handelsplätzen Stadtviertel (»Konzessionen«), die allein von den Ausländern verwaltet wurden. Westliche Missionare und Lehrer, von ausländischen Truppen geschützt, durften in China uneingeschränkt ihr Gedankengut verbreiten. Der gesamte Außenhandel und weite Teile der Wirtschaft wurden vom Westen dominiert. Beendet wurde die Erniedrigung ausgerechnet von den Japanern, die China ab Juli 1937 mit Krieg überzogen. Japans Streben nach einer neuen Ordnung für Asien höhnte die westlichen Privilegien entscheidend aus. 1943 verzichteten als letzte Mächte Großbritannien, die USA und Frankreich auf ihre Rechte.

Die Geschichte dieser ein Jahrhundert andauernden, bis heute in China sehr präsenten Demütigungen und der 1949 beginnende Aufstieg Chinas zur Weltmacht stehen im Mittelpunkt der Darstellung des Ostasienspezialisten Gottfried-Karl Kindermann. Einfühlsam beschreibt der emeritierte Professor den jahrzehntelangen Terror der Kommunistischen Partei gegen ihr eigenes Volk, äußert sich aber auch bewundernd über die enorme wirtschaftli-

che Modernisierung, die die KP in dem agrarisch geprägten und inhomogenen Reich durchgesetzt hat. Seit 1977, als der von der Partei dreimal entmachtete, aber auch dreimal rehabilitierte Deng Xiaoping die politische Führung Chinas übernahm, setzt die Staatsführung dabei auf einen ungewöhnlichen *policy mix*: Aus dem Wirtschaftsleben zieht sich die Partei immer mehr zurück, beharrt aber auf ihrem politischen Machtanspruch, wie sich bei der Niederschlagung der Studentenunruhen auf dem Tienanmen-Platz in Peking 1989 zeigte. Es ist für die Zukunft eine spannende Frage, ob nicht die von der KP geradezu geförderten sozialen Ungleichheiten das Riesenreich mit Folgen für die ganze Welt destabilisieren.

Chronologisch begleitend zur Geschichte Chinas werden ausführlich die Entwicklung der Innen- und der Außenpolitik Japans, Koreas, Vietnams und Kambodschas sowie die Ostasienpolitik Rußlands und Amerikas dargestellt. Die US-Diplomatie ist Kindermanns Hauptzielscheibe: US-Präsident Franklin D. Roosevelt und sein Außenminister Cordell Hull hätten im Herbst 1941 einen Angriff Japans bewußt in Kauf genommen, als sie Japan in den Verhandlungen über ein Ende des Wirtschaftsembargos nur die Alternative zwischen einer weitgehenden Kapitulation und der Flucht in den Angriffskrieg ließen, argumentiert Kindermann und kritisiert, daß US-Präsident Harry S. Truman im August 1945 den Abwurf zweier Atombomben auf ausschließlich von Zivilisten bewohnte japanische Städte befahl, obwohl er seit mehreren Wochen wußte, daß Tokio den Krieg einstellen wollte. Kindermann beklagt weiter, daß US-Diplomaten 1950 den Angriff Nordkoreas auf den Süden der Halbinsel durch die Ankündigung der Nichteinmischung förmlich provoziert und in den folgenden Jahrzehnten eine erschreckende Unkenntnis Chinas und Vietnams offenbart hätten.

Insgesamt ist Kindermann ein beeindruckender, gut gewichteter Überblick über eineinhalb Jahrhunderte Weltgeschichte gelungen. Für deutsche Leser wäre sicher ein Hinweis auf die Fernostpolitik des Kaiserreiches und des »Dritten Reiches« wünschenswert gewesen. Von der Fernostpolitik Frankreichs, das immerhin mehr als ein Jahrhundert lang als Kolonialmacht in Ostasien wirkte, stellt Kindermann nur den Schlußakkord, den Verlust Indochinas, ausführlicher dar. Eine Reihe kleiner sachlicher Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten beim Umgang mit der Literatur beeinträchtigen den Eindruck einer sehr gelungenen Gesamtdarstellung kaum.

Volker NIES, Lauterbach

Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, I/2001, 46. Jahrgang, in Verbindung mit Lothar GALL, Carl-Ludwig HOLTFRERICH, Manfred POHL, Klaus TENFELDE, München (C. H. Beck) 2001, 124 S. (GUG).

Eingeschmolzen sind die Weihrauchfässer, geshreddert die traditionellen Festschriften, auf den Müllhaufen geworfen die Hochglanzbroschüren – jetzt denken Historiker darüber nach, was künftig Gegenstand einer modernen Unternehmensgeschichtsschreibung sein soll: vor allem die wirtschaftliche oder auch die außerwirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmer und ihrer Unternehmen? Eben diese Frage wird im Heft I/2001 der »Zeitschrift für Unternehmensgeschichte« diskutiert.

Peter BORSCHIED, einer der Herausgeber der Zeitschrift, folgt Toni Pierenkempers und Werner Plumpes Plädoyer für den ökonomischen Kern der Unternehmensgeschichte: Im Vordergrund müsse die wirtschaftliche Tätigkeit stehen, alles andere sei nur »gesellschaftliche Schale« oder »kulturelles Blattwerk« (S. 6). Theoretische Hilfestellung gibt dabei die »Neue Institutionenökonomik«, die Unternehmen neben Märkten und Staaten zu den drei Grundtypen von Institutionen oder Organisationen zählt und auf ihre eigenständige Rolle im Wirtschaftsprozeß verweist. Gewiß, in jedem Unternehmen verschränken sich Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Politik, aber das organisatorische Gefüge dieser unterschiedlichen Einflußfaktoren soll eben von »innen« und »im Innern« des Unternehmens